

WORLD-SPITZBLATT

Hallesche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteld Deutschland

Das „Welt-Spitzblatt“ erscheint an jedem Donnerstag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis beträgt 1.00 Reichsmark. Der halbjährliche Bezugspreis 5.00 Reichsmark. Der vierteljährliche Bezugspreis 2.50 Reichsmark. Der tägliche Bezugspreis 10 Pfennige. Die Postgebühren sind im Preis inbegriffen. Die Anzeigenpreise sind nach Vereinbarung. Die Redaktion ist in Halle, Markt 11. Telefon 1111. Die Druckerei ist in Halle, Markt 11. Telefon 1111.

Neues in Kürze.

Drahmelbänken und Radiotelegramme.
Aus Anlaß der Anwesenheit des Reichspräsidenten v. Hindenburg in Frankfurt (Main) werden die dortigen Turn- und Sportverbände dem Reichspräsidenten am 13. November im Stadion eine große Guldigung darbringen. Neben turnerischen und sportlichen Darbietungen ist auch ein Festzug der Turner und Sportler in Sportkleidung und mit Fahnenabzeichen vorgesehen.

Der Preussische Kultusminister Prof. D. Dr. Becker ist von der Technischen Hochschule zu Aachen anlässlich der Einweihung des Hauses der Studentenstadt zum Doktor Ingenieur ehrenhalber ernannt worden. Aus dem gleichen Anlaß hat die Studentenschaft der Technischen Hochschule Aachen den Minister zum Ehrenmitglied ernannt.

Die neuen Besprechungen der Beamtenverbände im Reichsfinanzministerium über die Erhöhung der Gehälter entsprechend der steigenden Löhner, finden am kommenden Sonnabend statt.

Die berufliche Staatsregierung gemäß den Gruppen I bis VI der Staatsbeamten, Ruhestandsbeamten und Ausführenden Darlehen zur Befreiung von Winterverleihen. Die höchsten Beträge dieser Darlehen, die nach sozialen Gesichtspunkten abgelehnt sind, gehen bis zu 60 RM.

Im Eisenbahnerkonflikt hat die Reichsbahnverwaltung die Organisationen bisher nicht zu Besprechungen eingeladen, woraus man in Eisenbahnerkreisen auf eine ablehnende Stellungnahme schließen will.

Die Gefahr des Berliner Verkehrsstillstands ist behoben. Beide Parteien haben die Einladung zu Schlichtungsverhandlungen für den 11. November angenommen.

Wie die Londoner „Times“ aus Berlin melden, will die deutsche Industrie die den Kullen bei Abschluss des Handelsvertrages zugesicherten Kredite nicht leisten können. Tugendherins plötzliche Reise von Wiesbaden nach Berlin sei in erster Linie hindernis veranlaßt worden, nicht durch die Revolutionen am 9. November in der russischen Sowjetmacht. Die „Times“ schreiben, trotz aller amerikanischen Kreditleiche die deutsche Industrie heute vor einem Mangel an Bargeldern und vor einer Krise, die noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht habe.

Die Reichsregierung hat den deutschen Unterhändlern in Madrid telegraphisch Anweisung erteilt, dort zu bleiben. Gutem Vernehmen zufolge beginnen bereits am 14. d. M. in Madrid neue Besprechungen über die Beilegung des deutsch-französischen Zollkrieges.

Auf der „Epoca“ in Rom planten die Mussolini-Befürworter auch den Sturz der Monarchie und die Ausrufung der Republik. Der verheiratete General Capello hat unter Zustimmung, das kein Todesurteil gegen ihn gefällt wird, ein sensationelles Geständnis abgelegt, das zu noch unabweisbaren Auswirkungen führen wird. Unter den 300 Soldaten in Rom verhafteten etwa 300 Personen befinden sich viele Ausländer, besonders aus England, Polen und Deutschland. Die Proklamierung der Republik sollte am 9. November erfolgen, und zwar gleichzeitig in Rom und Mailand.

In Seltlingfors (Finnland) sind sechs Kommunisten verhaftet worden, bei denen in Rußland verbrachte und mit der Maschine geführte Flugblätter sowie Berichte über zwei Soldaten vorgefunden wurden. Außerdem förderte eine bei den Verhafteten vorgenommene Hausdurchsuchung Karten über die finnischen Schären (Inseln) zutage.

In Warschau wollten Kommunisten eine sozialdemokratische Arbeiterverammlung lösen. Polizei und sozialdemokratische Ordnung bewachten den Versuch. Bei dieser Gelegenheit wurden sozialistische Kommunisten, die sich Anzeigen auszulassen kommen ließen oder Flugblätter verteilten, verhaftet.

Nach einer Moskauer Meldung hat Simonow die Zentralkomitee der Kommunistischen Parteien in Deutschland, Frankreich, England, Italien, Belgien, Skandinavien und der Hochschollonen aufaufordert. D-leriege zu einem Internationalen Kommunismus Kongress zu kommen, der in Belgien abgehalten werden soll.

Am 9. November 1918 wurde die heutige Zeit geboren — am 10. Nov. 1483 Martin Luther, am 10. Nov. 1759 Friedrich Schiller. Wir haben's bereits weit gebracht!

Krisis überall.

Painlevé stellt die Vertrauensfrage.

Das „Journal“ meldet aus Paris: Der getreue Kabinetminister hat einstimmig dem Reichspräsidenten die Vertrauensfrage für das Kabinet zu stellen.

Painlevés Sanierungsbestrebungen sind insolge des entzündlichen Widerspruches der Sozialisten gescheitert. Frankreich ist inzwischen innerhalb der letzten Tage so beträchtlich gefallen und das englische Pfund auf 123 gestiegen, daß täglich Löhnererhöhungen vor den Wertfallen sich abspielen.

Nach dem „Matin“ konzentriert F. die Kritik gegen die von der Regierung vorgelegten Gesetzentwürfe über die finanzielle Sanierung auf folgende vier Punkte:

1. Die Regierungsgesetzentwürfe schließen eine verheerende Inflation in Höhe von 10% Milliarden in sich.
2. Der nationale Steuerbetrag, so wie er jetzt vorgelegt ist, habe den doppelten Charakter, wobei einen Steuernachschuß, noch eine Progressivität vorsehen.
3. Die jährlich 20 Franken betragende Kopfsteuer für jeden Franzosen sei wirkungslos; sie soll nach dem Gehaltswert nur 200 Millionen Franken jährlich bringen.
4. Die Ausweitung der von der Regierung vorgelegenen Vermögenssteuern für den Verwaltungsrat der Amortisationsstelle die deren völlige Autonomie verbürgen sollte, sei nicht diskutabel.

Krisis in England?

In einer Massenversammlung in Crewe erklärte der Präsident des Nationalverbandes englischer Eisenbahner, man bestimme sich in einer Zeit, die nicht als „monströs“ angesehen werden dürfe. Es wurde eine Entschließung angenommen, die heftigen Widerstand gegen die Gesetzesentwürfe der Eisenbahngesellschaften auf Vermeidung der Löhne zum Ausdruck bringt.

Obwohl Gustin Mosen, Tochter des verstorbenen internationalen Führers Ed. Curran, erklärte in einer Rede in einer Versammlung der Unabhängigen Arbeiterpartei in Glasgow, sie könne nicht einsehen, weshalb sich die Arbeiter mit den augenblicklichen Zuständen abfinden, wenn sie wollen, könnten sie diese ändern.

Englisch-russische Spannung.

Der holländische „Courant“ telegraphiert aus Paris: Die britische Regierung hat die Teilnahme an der russischen Revolutionenfeier in der Londoner Sommerschule offiziell abgelehnt. Die großes Aufsehen hervorgerufenen Haltung der englischen Minister ist, wie die „Morningpost“ schreibt, auf einflussreichen Befehl des Kabinetts zurückzuführen.

Die Entwaffnungsnote.

Die Reichsregierung war gestern Abend noch mit der Entwaffnungsnote beschäftigt und befindet sich im lebhaftesten Meinungsaustausch mit der Reichsministerkonferenz. Der deutsche Botschafter in Paris hatte gestern wieder Besprechungen im Pariser Auswärtigen Amt, um Klärungen der Reichsregierung zu übermitteln. Das Reichskabinet will heute, spätestens morgen, seine Antwort nach Paris formulieren. Eine vorherige Befragung der Ministerkonferenz der Länder ist nicht in Aussicht genommen, ebensowenig eine öffentliche Stellungnahme der Reichsregierung.

„Morningpost“, „Times“ und „Daily Mail“ bringen Auszüge aus dem Inhalt der Entwaffnungsnote an Deutschland. Ein auffälliges Merkmal dieser öffentlichen Meinung in England ist, daß die „Morningpost“ fordert, wenn diese Verträge Deutschlands gegen die Entwaffnung erwiesen seien, müsse man auch die Forderung begründen, die Nebenabmachungen von Locarno in Kraft treten zu lassen.

„Locarnogeist“.

Ausgleichmüdig deutscher Soldatengräber in Frankreich verboten? Die deutsch-nationale Fraktion des preussischen Landtags weilt in einer kleinen Anfrage darauf hin, daß bei dem französischen Orte Wallonsa die Sammelgräber liegen auf dem etwa 14000 deutsche Soldaten beherbergt hat. Die Gräber tragen nicht den geringsten Schmud, sondern weisen nur einfache schmale Holzkreuze auf. Ein in der Nähe liegender englischer Soldatenfriedhof zeigt hingegen reichen Blumen Schmuck und farbige Grabsteine. Die französische Regierung habe jede Auszeichnung der deutschen Soldatengräber ausdrücklich verboten. Das Staatsministerium wird da-

Die Inflation in Polen.

Aus Warschau wird mitgeteilt, daß der Aufschwung der Bank von Polen eine zweite Ueberbesetzung des statutenmäßig zulässigen Staatskredits bei der Bank um 13 Millionen Zloti festgelegt habe. Es ist begreiflich, daß darüber in der polnischen Presse große Erregung herrscht. Nur durch diese Kreditüberbesetzung konnten die Beamtengehälter am 1. November finanziert werden. Wenn den Polen nicht bald durch eine Auslandsanleihe geholfen wird, können die polnischen Finanzen in einen recht trübsamen Zustand geraten. Unter diesen Umständen läßt Polen wenig gut, den Zollkrieg mit Deutschland zu beenden.

Italienisch-serbische Spannung.

Die „Reichspost“ meldet aus Belgrad: Bei Demonstrationen gegen die Italiener in Belgrad wurden drei Italiener verletzt. Die Polizei nahm drei 30 Verhaftungen vor. Noch schlimmer waren die Ausschreitungen in Laibach und Agrano, wo der Mob hundentausende der italienischen Gefährte belagerte und erst durch die Polizei vertrieben werden mußte.

Die deutsche Krisis.

Reichspräsident Ebert hat den Ministerpräsidenten auf Donnerstag dieser Woche einberufen um über den Termin des Wiederzukunfts des Reichstages zu entscheiden. In Frage kommt der 19. oder 23. November. Als stütze Beratungsstoff liegen dem Reichstag zunächst der italienische und der russische Handelsvertrag vor. Das entscheidende Thema wird aber Locarno und die Regierungserklärung sein.

Die angebliche Putschgefahr in Bayern.

Zu den von der ganzen Antipsess überkommenen Veröffentlichungen der „Frankfurter Zeitung“ über die angebliche Putschgefahr in Bayern, bemerkt die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei in einem längeren Artikel:

Ist die Behauptung in der öffentlichen Meinung des Landes berechtigt? Man kann mit einem glatten Nein antworten. Das soll kein Demotri in der Haltung der Minister sein. Es soll damit auch nicht bestritten werden, daß in der bayerischen Politik einige Unregelmäßigkeiten vorhanden sind. Zunächst muß man aber von der entstandenen Verwirrung alles absehen, was für die Sache ist, und das ist sehr viel, nämlich in seiner Gesamtheit nichts von gewalttätigen Versuchsversuchen wissen will.

her auf, die Reichsregierung zu ersuchen, Sie bitte zur Aufhebung dieses Verbotes einzuleiten.

In Elb-Verträgen ist allen deutschen Handelsreisenden und selbständigen Reisevertretern der Besuch des Landes unteragt worden. Damit wird praktisch der deutsche Warenabsatz nahezu unterbunden.

Der Anlaß der gestern begonnenen Wirtschaftsverhandlungen mit England ist der, daß England ihre Schutzollbestimmungen für fremde und auch besonders für deutsche Industrieartikel derart verhängnisvoll und geradezu schikanös handhaben, daß der Ausbruch des deutsch-englischen Handelsvertrages trotz der gegenseitigen Weidbegünstigung ganz einseitig nur den Engländern zugute kommt. England führt — trotz des Weidbegünstigungsvertrages — geradezu einen Wirtschaftskrieg gegen uns, und zwar in schärfster Form.

„Im des englische Interesse für die Luftverteidigung zu werden, ist in England unter Mitwirkung der Regierung loben von einem Kapitän Morris eine genaue Schilderung der deutschen Luftangriffe auf London veröffentlicht worden mit allen Einzelheiten über die Zahl der Toten und Vermundeten. Das dadurch in jedem Nationaldenken, das heißt also in jedem Engländer überhaupt, gleichzeitig die Erbitterung und der Haß gegen uns Deutsche neu geweckt werden muß, aber nicht der Geist der Verjährung, ist der englischen Regierung sehr gegünstigt.

Nach Meldungen aus Hagen waren dort bis Sonntag Abend 55 Deutsche verhaftet. Die Hausdurchsuchungen wurden rücksichtslos durchgeführt und alle deutschen Bücher und Zeitungen beschlagnahmt. Der Gesamtstand zu der schicksalhaften Deutschen in England ist die Rückkehr der Deutschen an der allgemeinen Befreiung zu Ehren der Bewegung Antimilitarismus.

Das waffenlose „Nein“.

Zu unserem Leitartikel in der Sonntagsnummer wird uns von deutsch-nationaler Seite geschrieben:

Wir sind waffenlos! Aber folgt daraus, daß das deutsche Volk zu jedem Kampf und Willen der anderen „Ja“ sagen muß? Wir haben einen Sicherheitspakt angestrebt; — oder vielmehr unter auswärtigen Druck hat diese politische Idee gehabt, weil es hätte damit einen großen Erfolg zu erzielen. Folgt daraus, daß wir nun den Sicherheitspakt in jeder Form ohne Gegenleistung annehmen haben? Folgt daraus, daß wir nun „Ja“ sagen müssen zu dem, was uns gar keine neue Sicherheit bringt, wohl aber neue Gefahren? Wir sagen ja „Nein“! Folgt daraus, daß wir zu den Waffen greifen wollen und Elb-Verträgen wieder erobert wollen? Wer will das? Wenn ja! Dann aber etwa ein waffenloses Volk überhaupt kein Nein haben?

Am Gegenteil: Gerade weil wir vollkommen entwaffnet sind, weiß alle Welt, daß unter Nein keinen Krieg bedeuten kann. Wären wir noch gerüstet, so wäre vielleicht „Nein“ gefährlich. Da wir vollkommen entwaffnet sind, umgeben von Feinden, die bis an die Zähne bewaffnet sind, keinen Krieg wollen können, und gerade darum sind wir außenpolitisch fast genug, das Nein auszusprechen.

In der Note vom 20. Juli, in welcher die deutsche Reichsregierung in ausgedehnter Weise alles niedergelegt hat, was von unserer Seite aus als nötig erachtet wird, damit ein wirtschaftlicher Sicherheitspakt zustande kommt, ist auch auf die allgemeine Abstrümpfung als eine notwendige Verbindung hingewiesen worden. Es heißt: „In der Einleitung zum Teil V des Beiliegenden Vertrages: „Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland...“

Eine wirtschaftliche große Außenpolitik, — würdig dieser Nation, welche kein Waffen mehr hat und doch eine Großmacht ist, würde gerade kein der anderen Nationen ein neues „Nein“ zum Sicherheitspakt vorenthalten müssen bis die Wahrung der anderen Nationen eingeleitet ist.

Solches wäre die Politik eines waffenlosen und entristeten Kapitalismus im großen Stille gewesen. Denn hierin liegt die wahre Kriegsgefahr und Unsicherheit Europas; in der vollkommenen Entwaffnung Deutschlands und in der schweren Bewaffnung der anderen Nationen, die Frankreich, Italien, die anderen wirtschaftlichen Sicherheitspakt will und eine wirtschaftliche Beilegung der Kriegsgefahr, der muß die Abrüstung auf der einen Seite betreiben; — und drum muß er jetzt das Nein auszusprechen. Dagegen der Haß von Locarno ist vorliegt, befestigt und notwendig diesen Zustand.

Im Anblich hieran eine Frage an die Sozialdemokraten.

Sie tun so, — und an ihrer Spitze der preussische Ministerpräsident Braun, als wenn das Nein der Deutschen ein neues „Nein“ zum Antimilitarismus wäre und uns der Kriegsgefahr näher brächte.

Nun, Landsleute vom roten Kapitalismus — warum spricht Ihr denn nicht das Nein in aus? Sie glauben doch niemand, daß Ihr irgendeine Bilanz abgeben? Die Welt weiß das. Wenn Ihr das Nein auszusprechen, zusammen mit dem ganzen deutschen Volke, und mit der Begründung, daß erst die Abrüstung auf der anderen Seite einleitet eingeleitet werden muß, — das wäre doch eine sozialdemokratische Politik großen Stiles, — eine Politik des großen Antimilitarismus, welcher den Militarismus drücken zu entfalten und zu Fall zu bringen vermöchte, eine Politik, die der Klugheit eines Hecht übertrifft oder der Größe eines Lenin würdig wäre. Der gehört Ihr etwa zu jenen Kapitalisten, welche mit den gegenwärtigen Militaristen gut Freund und Bruder sind?

Die Beweissführung des Herrn Braun, daß das Nein Kriegsgefahrlich wäre, ist nicht ernst zu nehmen. Sie entnimmt mehr einer Stimmung der Weger, das keine besseren Gründe und Argumente heranzubringen vermöchte, als die Sozialdemokraten sind. Denn noch wenige Tage vor dem 23. Oktober hat der „Vorwärts“ in einem Anfall böhnische Schadenfreude geschrieben: „Vor allem begrüßt wir Locarno als den Camogliogang der Deutsch gegenüber dem deutschen Reich, welche ein „deutsch-nationale“ nennt, nicht gemordet ist. Und dennoch werden sie annehmen müssen sie annehmen!“ Reiner hat am 15. Otto bei den preussischen Landtag gesagt: „Ich will mir festhalten, daß es unter den vorhergehenden Regierungen, die demokratisch zusammengesetzt waren, keine gegeben hat, die den Kullen hatte, darauf auf die außerhalb unserer Grenzen lebenden Deutschen zu verzichten.“ Das haben sie die „Deutsch-nationale“ genannt. —

Das war die Hauptfrage an dem Haß von Locarno: Die Deutschen-nationalen sollten ihn annehmen, — sollten kurzweilig gemacht werden die Wahl, — sollten in den Augen ihrer Gefolgschaft für immer gerichtet und verurteilt werden. Durch die Entscheidung am 11. Oktober 23. Oktober des Deutsch-nationalen Reich-

